

Fördern und Fordern

Damit wir nicht nebeneinander sondern miteinander leben, geht es darum, einerseits allen Menschen, die dauerhaft und rechtmäßig in unserem Land leben, die damit verbundenen Rechte zu gewähren sowie Pflichten aufzuerlegen, und andererseits, Personen ohne Bleibeperspektive konsequent zurückzuführen. Für alle Maßnahmen fordert die CDU-Fraktion größtmögliche Transparenz.

Nachholende Integration

Viele Menschen mit Migrationshintergrund leben bereits in zweiter oder dritter Generation in Berlin. Um entstandenen Parallelgesellschaften entgegenzuwirken, können nur Angebote funktionieren, die eine offene Haltung von Behörden und Politik gegenüber jenen Bevölkerungsteilen signalisieren, die sich bisher nicht mitgenommen fühlten.

Wir kämpfen dafür, dass älter werden im Bezirk nicht heißen darf, von der gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe abgeschnitten zu werden.

„Nicht übereiltes,
kurzfristiges reagieren,
sondern nachhaltiges
Handeln steht für uns,
im Vordergrund.“

Kristina Wagner
Integrationspolitische Sprecherin

IHRE CDU-FRAKTION CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF



Kristina Wagner
Integrationspolitische Sprecher

E-Mail: Info@cdu-fraktion-charlottenburg-wilmersdorf.de

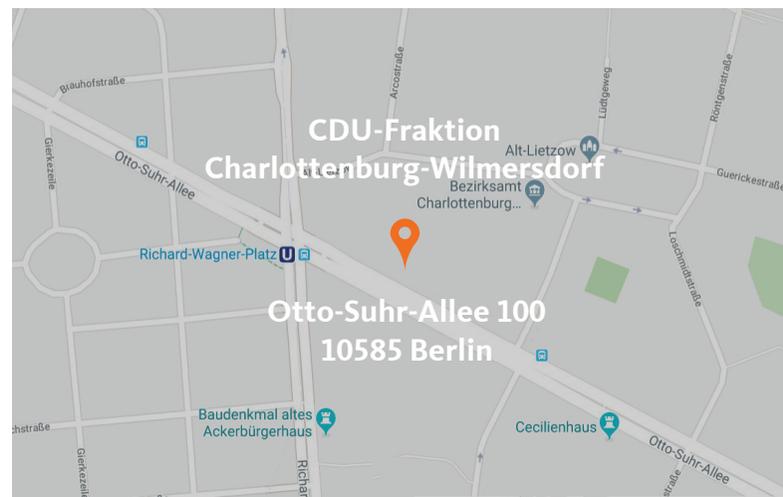
Web: www.cdu-fraktion-cw.de
Telefonnummer: 030 9029 14906

Sprechzeiten :

Montag: 14:00 - 16:00 Uhr
Dienstag: 12:00 - 14:00 Uhr
Mittwoch: 15:00 - 17:00 Uhr
Donnerstag: 15:00 - 16:00 Uhr

 #cdufraktioncw

 cdufraktioncw



INTEGRATION



CDU FRAKTION
CHARLOTTENBURG -
WILMERSDORF



**FÜR GELEBTE INTEGRATION
IN CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF**

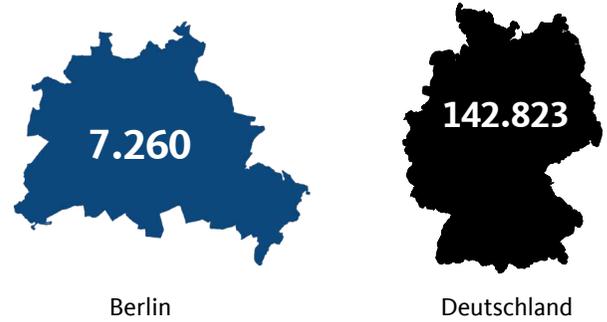
Migrationspolitik

In unserem Bezirk ist jeder Vierte nicht deutscher Herkunft. Migranten und Migrantinnen aus Charlottenburg-Wilmersdorf repräsentieren weit über hundert verschiedene Nationen. Der überwiegende Teil fühlt sich gut integriert. Wir treffen sie im Supermarkt und nehmen ihre Dienstleistungen in Anspruch. Schon lange ist das multikulturelle Bild in unserer Gesellschaft Normalität geworden, denn beide Seiten leisten ihren Beitrag im gemeinsamen Miteinander.

Doch nicht überall funktioniert dies reibungslos. Die Politik ist dazu aufgefordert, Integrationshemmnisse abzubauen und einen Rahmen zu schaffen, der eine Aufnahme in die bestehende Gesellschaft erleichtert.

Wir sind davon überzeugt, dass ein Flickengerüst an Maßnahmen allein nicht ausreicht. Wir stehen für ein ganzheitliches Integrationskonzept, welches alle Teile der Bevölkerung betrachtet.

Zugangslage Geflüchteter - 2018



Quelle: Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) Berlin - EASY-Zugangst Statistik

Neue Unterkünfte sollen nur für Geflüchtete entstehen können, wenn damit zeitgleich auch folgende Aspekte mitbedacht werden:

- im Vorfeld die soziale Integration (Bildungsstätten, Jugendfreizeiteinrichtungen),
- kleinere Unterkünfte erhöhen eine Akzeptanz im Umfeld,
- während des Betriebes eine Vermietung an unterschiedliche Bedarfsträger,
- begleitende Integration durch zeitgleiche Evaluierung laufender Projekte und bedarfsgerechter Anpassung

Bei einem breiten Freizeitangebot (Kultur, Sport) zeichnet sich unser Bezirk durch viele Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements aus. Daran sollten sich auch vermehrt Migrantinnen und Migranten beteiligen. Die Anerkennung, die sie hier ernten, stärkt das Selbstwertgefühl und verbindet die Menschen untereinander. Die Hilfe zur Selbsthilfe, das Fördern von guten Ideen zur erfolgreichen Integration und die Unterstützung von ehrenamtlichen Helfern zur Einbindung der ständig in Deutschland lebenden Zuwanderer stehen im Fokus der CDU-Fraktion.

Die Mittel aus dem Integrationsfond werden aufgrund der rückläufigen Zahl der ankommenden Geflüchteten stark reduziert von 4,7 Mrd. Euro auf 1,3 Mrd. Euro. Dieses Versäumnis soll nun durch Geld aus dem Bezirk ausgeglichen werden? Nicht mit uns!

Gute Projekte, die bisher durch diese Mittel finanziert wurden, sind nun in Gefahr, da eine frühzeitige Befähigung der betroffenen Vereine, sich anderweitig auskömmlich zu finanzieren, nicht erfolgte.

Finanzielle Kürzungen bis 2022 - bundesweit



Wir fordern, dass Integration nicht gegen andere Handlungsfelder ausgespielt wird. Schulsanierung, Erneuerung des Bezirksamtes, Infrastruktur, Pflege und Erhalt von Sportanlagen dürfen nicht zu Themen zweiter Klasse werden! Integrationsprojekte müssen in der Lage sein, Mittelakquise zu betreiben, ohne den Bezirkshaushalt zu belasten.

Quelle: Handelsblatt / 20.03.2019